

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Abonnementpreis monatlich 2,50 M.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: die 3gepaltene Komparativ-Beile 1,20 Pf.
Kleine Anzeigen: Uebersichtszeile 50 Pf., jede weitere Zeile 25 Pf.

Denikin auf dem Rückzug.

Einem Bericht des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der russischen Sowjetrepublik, Kameniew, entnehmen wir folgende Sätze:

Die Lage an den Fronten kann mit dem Worte „widerstandsfähig“ charakterisiert werden. Noch vor einem Monat konnte das Oberkommando eine solche Behauptung nicht aufstellen, denn die Südfront war arg bedroht. Dem Gegner war es gelungen, unseren Vorstoß, durch den wir die Weißgardisten zu schlagen hofften, zu parieren; und uns zurückzuschlagen. Wir mußten zurückweichen. Denikin griff zur selben Zeit von Kursk her an. Unsere Aufmerksamkeit war darauf gerichtet, mit möglichst geringen Verlusten Ramontow, der uns von hinten angriff, in die Flucht zu schlagen. Truppenteile, die geschickt waren, um gegen Ramontows Kavallerie-Abteilungen zu kämpfen, waren zur rechten Zeit zur Stelle. Aber der Vorstoß des Gegners gegen Kursk war so stark, daß unsere Truppen nicht handhabe und so viel Dornen. Denikin schickte die Kavallerie-Abteilung Schurows Ramontow zu Hilfe und uns drohte ein zweiter Ueberfall. Aus damit sind wir fertig geworden. Aber wir konnten uns bei Kursk nicht halten und mußten langsam zurückgehen. Uns war die Initiative genommen, aber an der Nachbarkont, der südöstlichen, was sie in unseren Händen geblieben. Hier verfolgten wir hartnäckig die Donkosaken und wir erreichten den Dem, was Denikin die Möglichkeit nahm, seine Truppenteile in die Richtung Kursk zu werfen. Der Rückzug von Kursk nach Orlow ging unter schweren Kämpfen vor sich, die wir gegen Panzertruppen führen mußten. Wir beschafften uns mit der Organisation möglichst harter Truppenteile und waren bemüht, diese so zu konzentrieren, daß wir den Gegner in seiner Flucht fassen konnten. Unsere Rechnung stimmte. Haben sich unsere Truppen einen Tag länger gehalten, so wäre es Denikin nie gelungen, Drei zu besiegen. Der Gegner erlitt einen heftigen Schlag und verließ Drei hastig. Jetzt haben wir die Sozialistische Denikins Hände entzogen.

Gleichzeitig haben sich die Regimenter Schurows und Ramontows mit vereinten Kräften auf Boroneß geworfen. Um diesen Schlag abzufangen, wurde unsere Kavallerie-Abteilung vorgeschickt. Der Gegner wurde nicht nur aufgeschlagen und zurückgeworfen, sondern stürzte eine große Niederlage. Die letzte Nachricht, welche unsere Kavallerie-Abteilung sich nicht mehr verschwinden, daß sie die Waffen fortwirft und die Flucht ergreift. Im Kampf nördlich von Boroneß sind Gefangene, Maschinengewehre und ein großes Kriegsmaterial in unsere Hände gefallen. Dieser Schlag nimmt dem Gegner erheblich die Initiative. Der dem südlichen Distrikt benachbarte südliche Distrikt — Richtung Jarizyn — hat in der letzten Zeit der Südfront einen großen Dienst erwiesen. Der Gegner hat hier alles konzentriert, was ihm zur Verfügung stand. Er wollte sich mit der Truppenteile Ramontows und Schurows verbünden, aber wir machten ihm einen Stich durch die Rechnung. Denikin geht noch immer nördlich von Nowosimo-Bersk gegen uns vor, aber wir ergreifen Maßnahmen, um aus diesem Vorstoß zu verhindern. An der Front haben wir unsern Gegner mit unseren Truppen, unsere Truppen wurden jedoch gezwungen, laufend Werk zu machen, und es zeigt sich jetzt eine gewisse Müdigkeit. Der Gegner, der wir schon an der Gurgel gepackt hatten, mobilisierte alles gegen uns, was ihm zur Verfügung stand, als wir uns Petropawlowitz näherten. Der Widerstand, auf den unsere Truppen stießen, zwang sie, zurückzugehen. Dies aber geschah nur bis zum Fluß Tobol. Hier wurde für kurze Zeit Aufenthalt genommen, um sich zu erholen und dann von neuem anzusetzen. Jetzt befinden wir uns in der Offensive, die erfolgreich erwidert. Unsere Truppenteile schritten täglich 15—20 Werst voraus. Die Weichheit hält sich in der letzten Zeit sehr hart. Es besteht die Gefahr, daß, wenn der Gegner hier Erfolg zu verzeichnen hätte, Petropawlsk bedroht wird. Darum haben wir hier während der ganzen Zeit Aktionen entfaltet, wobei z. B. der Kampf um Odow ein sehr heftiger war. Der Gegner schlug sich verzweifelt, denn er wußte nicht, wohin er sich zurückziehen sollte. Einige unserer Truppenteile hielten nicht stand und in der letzten Zeit ging die Front immer mehr in der Richtung Petropawlsk zurück. Zur Unterstützung der geschwächten Armee wurden bedeutende Verstärkungen geschickt, die dem Gegner entscheidende Schläge verfeßt haben.

Die Vertagung der Dorpat Konferenz.

Stockholm, 12. Dezember. (W. L. B.) Die Konferenz der Bolschewisten mit den bolschewistischen Staaten in Dorpat wurde verschoben. Finnland läßt mitteilen, daß es an den Verhandlungen nicht teilgenommen hat. Es begnügte sich damit, einen Journalisten nach Dorpat zu entsenden, um über die Besprechungen auf dem Baujenden zu sein.

Die „Neue Entente“.

London, 12. Dezember. (W. L. B.) Das offizielle Regierungsjournal Daily Chronicle schreibt in einem bemerkenswerten Artikel, es sei die höchste Zeit, daß die europäischen Staatsmänner zu einem Uebereinkommen bezüglich der zu befolgenden Politik kommen für den Fall, daß die Vereinigten Staaten vom Friedensvertrag und seiner Durchführung endgültig abwandern sollten. Man müsse bald den Austausch der europäischen Ruffaktionen vornehmen, um den Friedenszustand zu erlangen, wenn möglich ohne Unterstützung Amerikas. Das Blatt fährt fort, die Frage, welche Rolle nach dem Austausch der Ruffaktionen Deutschland gegenüber zu spielen werden müsse, sei militärischer, politischer und wirtschaftlicher Natur. Es müsse ein klares Abkommen abgeschlossen werden, um festzusetzen, nicht allein wie die in Deutschland bestehenden Handlungen zu behandeln sind, sondern auch, wie sich die Alliierten gegenüber einer Aenderung der deutschen Politik verhalten müssen, zum Beispiel, wenn in Deutschland eine Revolution von rechts ausbrechen sollte und die Herrscher wieder auf den Thron kämen, oder wenn Deutschland ein militärisches Bündnis mit Rußland abschließen sollte. Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß der Weltfriede auf dem Weg internationaler Zusammenkünfte beruht.

Wie der Telegraph aus London meldet, wollen einige Blätter wissen, daß, falls die Vereinigten Staaten den mit England und Frankreich abgeschlossenen Friedensvertrag nicht annehmen sollten, geplant ist, eine neue Entente in Europa zu bilden, der auch Portugal beitreten könnte.

Der Parteitag der U. S. P.

Das ist kein Zweifel: neben der Generalversammlung der Metallarbeitergewerkschaft ist der Parteitag der U. S. P. das andere große Ereignis dieses Jahres in der Entwicklung des deutschen Proletariats und damit der deutschen Revolution. Nicht daß wir die Beschlüsse, die dort gefaßt wurden, überschätzen. Im Gegenteil. Das sogenannte „Aktionsprogramm“ ist künstlich, gedanklich und politisch eine einzige Unzulänglichkeit in Anbetracht seiner historischen Bedeutung mehr eine Blamage als ein Tagesblatt. Der Bescheid über die Internationale ist ein schwächliches Kompromiß, ein Kuhhandel, wie selbst die an solchen Geschäften reiche sozialdemokratische Partei seligen Andenkens nicht ansehen hat. Wiso mit diesen Beschüssen hausieren zu gehen, sie anzupreisen als den „revolutionären Boden“, auf den die Partei sich „gestellt hat“, dazu hat die U. S. P. weiß Gott keine Veranlassung. Als Produkt sind die Beschlüsse nichts. Aber als Symptome zeigen sie die ganze Entwicklung, die die Massen hinter der U. S. P. — und das sind heute die überwiegenden proletarischen Massen — in diesem Jahre Revolution genommen haben. Und diese Entwicklung läßt sich ganz kurz so beschreiben: im November 1918 waren die Massen gegen den Krieg; im November 1919 waren sie für den Kommunismus.

Daß dieser Parteitag diese Entwicklung dokumentierte, geschah nicht wegen, sondern trotz der U. S. P. Deren Parteitage erinnern gar lebendig an ihre Abstammung von der anno dazumaligen Sozialdemokratie. Nicht nur stehn da gar viele alte und graue Häupter, deren Radikalismus sich in Hunderten von Resolutionen bewährt hat und deren Leib die Narben aus Hunderten von Knechtämpfen deckt. Sie haben — von Dresden auf- und abwärts — allzeit mit mannhaft erhobener rechter Hand den Radikalismus zum Siege gestimmt und stehen nun und schauen verwundert in die Welt, daß es etwas noch radikalere gäbe, als radikale Resolutionen. Sie ist die eine Erinnerung an vergangene Zeiten. Die andere Erinnerung ist die ganze verannte Melodie altemährter Phrasologie, die noch aus der Ferne herüberklingt so, wie man am Rhein wohl noch die Musik von einem Schiffe hört, auch wenn das Schiff schon längst um die Ecke ist. Und in dieser Phrasenmelodie auch jene Harmonie von der „prinzipiellen Einigkeit“ der Partei bei „tatsächlicher Verschiedenheit“, das „Brüderumwehen“ und die „Angst“ davor, daß man den Hund Hund und die Kacke Kacke heißt.

Wir wollen einem Einwand gleich begegnen. Man wird das dumme Wort wiederholen, die Kommunisten „lieben ja von der Spaltung“. Nein, auch wir Kommunisten lieben die Spaltung nicht um der Spaltung willen; wir haben die Bitternisse, die jede Spaltung mit sich bringt, schon mehr als einmal durchgemacht. Und wir sagen nicht einmal, daß jede, auch tiefgehende Uneinigkeit zur Spaltung führen müsse. Aber wenn man dann glaubt, noch beisammen bleiben zu können, so gibt es, wie ein einer Ehe, die nicht mehr stimmt, nur ein Mittel, um das Zusammenleben erträglich zu machen, nämlich: auszusprechen, was ist. Die Differenzen feststellen und sich ihrer bewußt werden. Das ist nicht nur eine Forderung der auf diesem Parteitag so hoch gepriesenen Sittlichkeit, sondern noch viel mehr der politischen Klugheit und der revolutionären Pflicht.

Solch tiefgehende Gegensätze sind in der U. S. P. vorhanden. Denn in diesem wohltümpelerten Parteiprogramm, neben den jederzeit treuerbeten Resolutionen, neben die wir müssen das Wort gebrauchen — „Bonzen“ mit der blauen Farbe der Entschliebung tritt der Proletarier, der schon einmal gewagt hat, einen Tag frei zu sein, der mitgekämpft hat in Berlin und in München, im Rheinland und in Mitteldeutschland, der Proletarier, dem ein Jahr revolutionären Kampfes tiefe Furchen in Stirn und Seele gegraben hat. Dieser Proletarier hat den Beschluß und will die Tat. Er haßt die „staatsmännischen Bedenken“ und heißt den Willen. Er sucht der Ruhe und will den Sturm. Und erschreckt fahren die weisen und weisen Häupter empor: sie vertreiben die Welt nicht mehr.

Neben beiden noch eine dritte, an sich recht kleine Gruppe: die Resignierten. Die, die die düsteren Bücher über die Revolution geschrieben haben. Deyen geht es, wie dem deutschen Professor, der zu Hause jede Straße des alten und neuen Rom auswendig gelernt hat, dem aber gleich bei der Ankunft in Romini das Gepäck gestohlen wird. Auf den Fall war er nicht vorbereitet. So stehen die Resignierten heute in der Partei und in der Revolution: resigniert, verzweifelt, müde und hoffnungslos. Ihre Parole ist: warten ihr Herren ab. Sie haben sich als Weisen

zum Kartenspiel Fritz Adler aus Wien verschrieben, der, weil er den Sozialismus nicht in Wien einführen kann, der Welt und der Weltrevolution Ade gesagt hat. Praktisch wirkt diese Gruppe gegenrevolutionär. Sie liefert der Gegenrevolution, zumal der um Scheidemann, alle Argumente. Und innerhalb ihrer Partei haben sie die Führung der Aiten, Frauen, aus der Ruhe Aufgeschreckten übernommen, und so stehen heute zwei klare Gruppen in der U. S. P. unverzöhnt und unverzöhlich einander gegenüber.

Es war ein Unrecht oder noch schlimmer, es war eine Dummheit, diese Gegensätze vertiefen zu wollen durch ein Aktionsprogramm. Wie kann sich eine Partei der Unklarheit preisgeben, ein Aktionsprogramm einstimmig(!) anzunehmen in einem Augenblick, in dem man über die nächste und wichtigste Aktion, Anschließ an die 3. Internationale, noch nach vierundzwanzigstündiger Erörterung hinter den Kulissen — auch die alte Sozialdemokratie hat in etwas noch nicht gelehrt — mit dem besten Willen keine Einigung zustande bringen konnte. Wo nur durch die Androhung der Spaltung von seiten des rechten Flügels dem linken Flügel so viel Stimmen abgezogen werden konnten, daß aus der Dreifünftel-Majorität die Zweifünftel-Minorität wurde. Wenn unter solchen Umständen jenes Aktionsprogramm, das im wesentlichen im reaktionären Sinne gehalten, jedenfalls von den Radikalen aufgestellt war, vom rechten Flügel einstimmig angenommen wurde, so wurde es damit auf eine Stufe gestellt mit der Annahme der Dresdener Resolution durch die Revisionisten. Auch diese sagten: beschließt ihr nur, auf das Handeln kommt es an.

Nach Annahme der Dresdener Resolution dauerte es ein ganzes Jahr, bis diese Probe durch das Handeln gemacht wurde. Nach Annahme des Aktionsprogramms dauerte es nur einen Tag, bis die revisionistische Minderheit in der U. S. P. erklärte, daß sie sich nicht unterwirft.

In dieser Situation ist der Parteitag auseinandergegangen. Auf der einen Seite die Mehrheit — auch im organisatorischen Ausdruck Mehrheit — der revolutionären Arbeiter, auf der anderen Seite die kleine Gruppe derer, die sich noch nicht oder nicht mehr zurückfinden, unter der Führung von ein paar mehr oder weniger bemerkt aber unbewußt konterrevolutionären Theoretikern. Diese entließen zum Bruch, die anderen, die Proletarier, wie immer die Sentimentalen, die noch bevor zurückschrecken, den Knoten zu zerhacken.

Wollen, wünschen wir Kommunisten, daß dieser unüberbrückbare Gegensatz in der U. S. P. zur Spaltungsfähigkeit?

Die Auseinanderlegung, die Meinung, die muß sein, das kann keiner bezweifeln. Aber Spaltung? Spaltung ist das äußerste Mittel, zu dem man nur greift, wenn andere nicht vorhanden sind. Wir aber meinen, daß die revolutionären Arbeiter in der U. S. P. heute mit milden Mitteln auskommen. Die revolutionäre Schicht in der U. S. P. ist so stark, daß das, was nötig ist, keine Spaltung ist. Es ist lediglich ein Hin auswurf.

Daß eine solche, tatsächliche und theoretische gereinigte U. S. P. auf die Haltung der Kommunisten wie der 3. Internationale nicht ohne Einfluß sein könnte, versteht sich. Wir werden darüber noch weiter zu reden haben.

Politische Uebersicht.

Ein Kartenspiel der Scheidemannpartei.

Die Bezirksleitung der S. P. D. Berlin richtet einen Aufruf an die Parteigenossen zum Kampf gegen die Ludendorffer, die sich im Prozeß Marloth wieder einmal so betrieblig offenbaren.

Der Aufruf fordert die Revision des kassierenden Urteils in Sachen Marloth.

Gleichzeitig aber klagen dieselben Leute, die seit Anfang Dezember pennschig des Proletariat provozierten, um es blutig niederzuschlagen die revolutionären Parteien des Verbrechens des „Bürgerkrieges“ an!

Diese Solidarität der S. P. D. mit den Taten ihrer Rechtschneide vom Dezember, vom Januar bis März, April und Mai, ist zwar schamlos, aber sie stellt nur eine historische Tatsache fest.

Ja, die Ströme von Blut, die die Marloth und Reichard und Lüttich fließen ließen, die kommen auf das Konto der Scheidemannpartei, und so klar so unumstößlich ist diese Blutschuldhaftigkeit, daß sie nicht einmal in dem Augenblick verweigert werden kann, wo die Kriegstreiber das gegenwärtig gegen ihre Auftraggeber von dazumal

Wären die Arbeiter dieser Blutsbrüderschaft gedankt, wenn sie angerufen werden von den Kriegsherrn des Bürgerkriegs gegen diese Kriegsgesichte.

Die deutschen Arbeiter, die damals der gegenrevolutionären Gewalt, die angriff, entgegensetzten die revolutionäre Gewalt, die verteidigte: Was sagen sie dazu, wenn das führende Organ der U. S. P. auf die heuchlerische Anklage des Bürgerkriegs erwidert:

„Wir sind Gegner des Bürgerkriegs, Gegner jeder Justizpolitik, Gegner aller terroristischen Methoden“?

Was sagen sie dazu, wenn die Gewalt, die sie damals der Gewalt der Gegenrevolution entgegensetzten, abgeschrieben wird von denjenigen Führern der U. S. P., deren Selbstkritik die Deckung lieferte für die Scheidemann-Landsberg u. a. m.

Was sagen sie schließlich dazu, wenn der „Bürgerkrieg“, d. h. die revolutionäre Gewalt abgeschworen wird in einem Resolutionen, wo die Landbesitzer offen rufen zu neuen Verzweigungen?

Was sagen sie zu der Heiligsprechung der Passivität der Arbeiterklasse gegenüber der gegenrevolutionären Aktivität?

Antisemitische Maßnahmen.

Der Reichstag hat in einer am Donnerstag Abend im Reichstag gehaltenen Sitzung die „antisemitische“ Antisemitische Maßnahmen für „unzutreffend“ bezeichnet haben. Bei der Abstimmung durch den Reichstag ist die mit einer Handbewegung die nicht zu leugnen sind. Bekanntheit werden politische Bewegungen von den Antisemiten aus dem Reichstag entfernt. Die „antisemitische“ Antisemitische Maßnahmen des Reichstages ist, die mit einer Handbewegung die nicht zu leugnen sind. Bekanntheit werden politische Bewegungen von den Antisemiten aus dem Reichstag entfernt.

Der neue Titel des „Bismarck“ in der U. S. P. ist, die mit einer Handbewegung die nicht zu leugnen sind. Bekanntheit werden politische Bewegungen von den Antisemiten aus dem Reichstag entfernt.

Der neue Titel des „Bismarck“ in der U. S. P. ist, die mit einer Handbewegung die nicht zu leugnen sind. Bekanntheit werden politische Bewegungen von den Antisemiten aus dem Reichstag entfernt.

Der Kampf gegen Hüfnerding & Co.

Der Kampf gegen Hüfnerding & Co. ist, die mit einer Handbewegung die nicht zu leugnen sind. Bekanntheit werden politische Bewegungen von den Antisemiten aus dem Reichstag entfernt.

Der Kampf gegen Hüfnerding & Co. ist, die mit einer Handbewegung die nicht zu leugnen sind. Bekanntheit werden politische Bewegungen von den Antisemiten aus dem Reichstag entfernt.

Sprengländer.

Der Kampf gegen Hüfnerding & Co. ist, die mit einer Handbewegung die nicht zu leugnen sind. Bekanntheit werden politische Bewegungen von den Antisemiten aus dem Reichstag entfernt.

Der Kampf gegen Hüfnerding & Co. ist, die mit einer Handbewegung die nicht zu leugnen sind. Bekanntheit werden politische Bewegungen von den Antisemiten aus dem Reichstag entfernt.

Der Kampf gegen Hüfnerding & Co. ist, die mit einer Handbewegung die nicht zu leugnen sind. Bekanntheit werden politische Bewegungen von den Antisemiten aus dem Reichstag entfernt.

Nun aber verlangt der gute Ton oder vielmehr das drohende Auslieferungsgeschehen, daß man den Verbrechern den Prozeß mache. Aussehen für diese Prozedur ist das Reichsgericht. Das ist das deutsche Gericht, das während des Krieges aus dem Handgelenk feststellte, daß Deutschland schmählich überfallen worden sei, feststellte, so oft als es nötig war, um einen Kriegsgegner ins Zuchthaus zu schicken. Es ist das Gericht, das mit einer Leichtigkeit, die ihresgleichen in der Geschichte nicht hat, jedem feinen Druck der politischen Behörde gehorcht und sich durch Zuchthausurteile mit Schande bedeckt hat, wie kein Gericht der Welt. Dort war die Rechtsprechung die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln: das Gericht soll jetzt die Liebhaber der Regierung unter seine schützenden Fittiche nehmen und sie durch einen Reichsgerichtsprozeß schützen vor einem wirklichen Prozeß.

Wenn will man mit diesem Prozeß imponieren? Dem Inland? dem Ausland? Des Renomee dieser Justizbehörde ist da und dort nicht mehr stark genug, um die Wirkung auszuüben. Das Ansehen des Reichsgerichts gehört zu den Vermögensbestandteilen des Deutschen Reiches, die am besten die Reichsschuldenverwaltung übernimmt.

Das Betriebsrätegesetz im Parlament.

I.

Die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbureaucratie hat seit dem Beginne der Novemberrevolution ganz bemüht darauf hingearbeitet, die Betriebsräte aus einem Organ des Proletariats zur Sozialisierung der Produktion umzubilden in ein in den Betrieben wirksames Werkzeug ihrer Gewerkschaftspolitik. Die Legien und Bauer wußten eher als die Masse der Arbeiterschaft, daß die Sozialisierung durch revolutionäre Betriebsräte die Revolutionierung der Gewerkschaften voraussetzt und bedingt, daß also die Existenz solcher Betriebsräte zwar nicht das Ende der Gewerkschaften, wohl aber das Ende ihrer auf den Burgfrieden, die Arbeiterschaft eingestellten Leitungen bedeuten würde. Für sie kam es also darauf an, unter Benützung der nicht mehr zu befeitigenden Rätebewegung, diese so umzufassen, daß die Betriebsräte aus Feinden die Verbündeten ihrer Burgfriedenspolitik würden. Fast sind sie am Ziel. Nachdem der Gewerkschaftler Roske als Reichswehrminister im Bunde mit den monarchistischen Offizieren den revolutionären Kampf um die Räte niedergeworfen hatte, vertritt der Gewerkschaftler Bauer als Reichsfinanzminister im Bunde mit dem demokratischen Unternehmertum und katholischen Kleinbürgern im Parlament die Arbeiterschaft durch das Betriebsrätegesetz.

Die Verlegung der Auseinandersetzung über die Betriebsräte von der Straße ins Parlament hat diese Auseinandersetzung aus einem Klassenkampf in einen Parteikampf verwandelt. Er spielt sich, wie alle Parteikämpfe, im Parlament, in dem nicht grundsätzlich die revolutionäre Partei ihren Standpunkt rücksichtslos vertritt, in den hergebrachten parlamentarischen Formen der Beratung eines Gesetzesentwurfs, in Rede, Gegenrede, Kommissionsbesprechung und Aushandel ab. Dabei stehen alle beteiligten Parteien grundsätzlich auf derselben Plattform: der Anerkennung der Harmonie zwischen Kapital und ihrer Festlegung im Betriebsrätegesetz. Nur darum geht der parlamentarische Streit, ob der eine oder der andere Teil der Arbeiterschaft etwas mehr oder weniger Rechte haben soll.

II.

Der unverrückbare Anknüpfungspunkt des Gesetzes, der in den beiden Entwürfen und in allen Abänderungen der Kommission immer wiederkehrt, ist die Bestimmung, in der es die wesentlichste grundlegende Aufgabe des Betriebsräte bezeichnet wird, den Unternehmer bei der Förderung der Produktion zu unterstützen. Damit ist die Grenze gegen die Wirtschaftspolitik des Proletariats gezogen und die Arbeiterschaft konstituiert. Nicht mehr die Kontrolle der Produktion durch die Räte mit dem Ziele der Ausschaltung des Unternehmers, sondern die Unterstützung der kapitalistischen Produktion durch die als Einseitiger wirkenden Räte, ist die geschäftlich verankerte Pflicht der Betriebsräte, des Herrn Bauer. Sie sollen dem Unternehmer höheren Mehrwert zuschlagen, damit in säuberlich ausgefüllten Tarifverträgen die Gewerkschaftsbureaucraten höhere Löhne vereinbaren können. Das ganze Geheimnis der Arbeiterschaft, der Burgfriedenspolitik liegt in dieser Bestimmung beschlossen.

Dieser Gesetzesparagraf verwandelt die Räte aus Sozialisierungsorganen zu Agenten der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, zu Agenten der konterrevolutionären Gewerkschaftsleitungen in den Betrieben. Nicht mehr die Aufhebung der kapitalistischen Produktion, sondern die Regelung der Arbeiterverhältnisse in den Schranken der von der Generalkommission als gottgewollt hingegenommenen kapitalistischen Wirtschaftsweise, ist ihr Aufgabe. Sie haben Gewerkschaftsaufgaben zu lösen, aber nicht im Sinne einer revolutionären Gewerkschaftspolitik, die die Gewerkschaften in den Dienst der sozialen Revolution stellt, sondern allein im Sinne der konterrevolutionären burgfriedenspolitischen Politik der Legien und Bauer.

III.

Diese Einstellung und Beschränkung der Betriebsräte auf reine Gewerkschaftstätigkeit ist im Gesetzentwurf ganz konsequent durchgeführt. Gerade die Hauptbestimmungen des Gesetzes, von denen die Scheidemänner so viel Aufhebens machen, die Regelung des Mitbestimmungsrechts bei Einstellungen und Entlassungen, wie die Beteiligung der Räte am Aufsichtsrat und die Vorlegung der Bilanz gehören noch zum Kreise der Gewerkschaftsaufgaben.

Das Mitbestimmungsrecht bei der Annahme und Entlassung der Arbeiter hat, so sehr es auch die Selbstbestimmtheit des Unternehmertums beschränken mag, mit der Kontrolle der Produktion nichts zu tun. Dieses Recht regelt das Arbeiterverhältnis immer noch im Rahmen der kapitalistischen Produktion, nach den Grundgesetzen des Privateigentums, das es so wenig antastet, wie den Kapitalismus selbst.

Trotzdem haben die braven Gewerkschaftler, die doch so gern ihrem Gesetz einen revolutionären Aufpuß gegeben hätten, dieses Mitbestimmungsrecht auch nicht annähernd durchsetzen können. In dem Gange der Regierungsparteien über die Abgrenzung der Interessensphäre innerhalb der Arbeiterschaft ist von Zentrum und Demokraten trotz des Behauptens der Mehrheitlichkeit das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen rücksichtslos befeitigt worden, um die höhere Einsicht der Unternehmer in der Betriebsleitung zu schützen. Dem Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen sind durch Fristen, Instanzen sozial Fußangeln gelegt worden, daß seine Regelung etwa nur der samojen Regelung der Soldatenbeschwerden gegen Vorgesetzte zu vergleichen ist. — Die Arbeiterschaft kehrt sich so ganz offen und unverhüllt gegen die Arbeiter.

Noch schlimmer ist die Komödie, die die Regierungsparteien um die Betätigung der Betriebsräte an den Aufsichtsräten und die Vorlegung der Bilanz unter einander gespielt haben sollen.

In Wahrheit war diese Krise nur eine lächerliche Farce. Ein Vergleich zwischen dem ursprünglichen — Gesetzentwurf und dem gegen die Sozialdemokratie angenommenen Kompromißantrag der Demokraten zeigt, daß außer einigen Wortänderungen ein sachlicher Unterschied zwischen den beiden Gesetzesfassungen kaum besteht.

Warum also der Streit? Er ist ganz klar: Der Aufsichtsrat ist das Herz des nichtstuernden, pressenden Kapitalismus. Wer also im Aufsichtsrat sitzt, sitzt im Herz des Kapitalismus, kontrolliert die Produktion. Darum gab es für die Mehrheitlichkeit, die nun einmal revolutionär sein wollten, kein Nachgeben in dieser „grundtätigen“ Frage. Sie blieben, nachdem sie längst das Proletariat dem Kapitalismus ausgeliefert hatten, fest, um seinen Vertretern die Überlieferung des Aufsichtsrats zu sichern, obwohl ein bis zwei Arbeiter selbst in dem schönsten Sitzungsjaal in Wahrheit genau so viel und so wenig Einfluß auf die Regelung der Produktion haben, wie es der Schlosser an der Drehbank hat.

Zentrum und Demokraten lehnten es ab, die Sozialdemokratie den revolutionären Kampf zu liefern. Sie beschränkten die Tätigkeit des Betriebsrats im Aufsichtsrat auf die Mitwirkung bei der Regelung der Arbeiterverhältnisse. Sie blieben dabei um in der Konsequenz des Gesetzes und der Arbeiterschaft des Herrn Bauer.

Schneller und schmerzloser wurde die Bilanzfrage erledigt. Die Bilanz, die die neugewählten Betriebsräte vorgelegt erhalten sollen, soll den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs entsprechen, d. h. sie ist eine Aufstellung, die bestimmt ist, nicht zur Aufdeckung, sondern zur Verschleierung der Betriebsvorgänge und der Finanzlage des Unternehmens.

V.

Das ist das Weihnachtsgeschenk der Regierung an die Arbeiter. — Sie enthält die Arbeiterausschüsse des Hilfsdienstgesetzes in neuer Aufmachung wieder. Und damit auch nichts Neues, bekommt sie mit diesen Räten noch den Arbeitszwang geschenkt. Der Preis, den die Scheidemänner den Demokraten für die Annahme selbst dieses orbalhorniszierten Betriebsrätegesetzes zahlen müssen, ist von Schlicke bereits versprochene Antisemitengesetz.

Dem Unternehmertum ist heute in der Zeit des zusammenbrechenden Kapitalismus die Arbeiterschaft nur ein Mittel mehr, die Arbeiterschaft auszubeuten, das Produktionsrisiko, das der Unternehmer in der wachsenden Anarchie der Wirtschaft nicht mehr übersehen kann, auf das Proletariat abzuwälzen. Das Unternehmertum hat die Hand genommen, die ihm Legien entgegenstreckt hat, aber, indem es eingeschlagen hat, hat es die Arbeiterschaft wegzugemacht, da die Gewerkschaftsführer zu hilflosen Gefangenen des Kapitals geworden waren. Sie haben überall nachgeben müssen, nachdem sie sich auf den gleichen Boden mit dem Klassenfeind gestellt haben. So ist das Betriebsrätegesetz aus einer Waffe, die gegen das Unternehmertum gerichtet sein sollte, zu einer Waffe geworden, die sich gegen das Proletariat selbst richtet.

Der Kampf der Arbeiterschaft gegen das Gesetz ist somit zugleich ein Kampf gegen den Burgfrieden, gegen die Harmonieideologie. Sie hat ihn zu führen, indem sie ihre Vertreter in den Betriebsräten auf das Schicksal übermacht und sie zwingt, trotz des Gesetzes und gegen das Gesetz die Forderungen des Proletariats rücksichtslos durchzusetzen. Sie hat ihn zu führen, indem sie die Arbeiterschaften zerbricht und dem Unternehmertum als gleichberechtigten Gegner im Klassenkampf gegenübertritt.

Kleine Nachrichten.

Die Räder und Visketten.

Die „B. Z.“ am Montag meldet: Als ein Militärtransport mit zurückkehrenden Truppen aus dem Baltikum auf dem Bahnhof in Buchholz (bei Marburg) zum Umschlag kam, heraustraten die Truppen einen acanwürfenden Güterzug voll vollkommener. Die Eisenbahnbeamten und die Wachmannschaft mußten dies mit ansehen, da sie von den Soldaten bedroht wurden. Dieselben Soldaten waren in Fintel, wo sie jetzt einmarschieren, und in die Umgebung von Fintel und sonstige Gegenstände an die Landbevölkerung verkauft. Der Transportführer, der diesem Treiben gegenüber machtlos war, hat sich aus diesem Grunde an den Landrat um Entsendung einer Gendarmeriepatrouille gewandt, um diesem Treiben ein Ende zu machen.

Roske und Winnig werden ihre Liebhaber noch als Spatlatz einsperrt lassen müssen.

Nus Sowjetrußland.

Die Arbeiterkassen und die Rote Armee.

Am 23. Oktober fand in Moskau eine große Arbeiterkassenversammlung statt. Genosse Moras hielt einen Vortrag über die politische und militärische Lage und forderte die Arbeiterinnen auf, auch ihre Kräfte — soweit dies möglich ist — der Sowjetrepublik zur Verfügung zu stellen. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der beschlossen wurde, alles am Kampfe der Proletariat teilzunehmen, und zwar durch Beteiligung an den kommunistischen Samstagen, am roten Kreuz usw.

Die Lage Oesterreichs und die Kommunistische Partei.

(Fortsetzung aus Nr. 68.)

Die Aufgabe der Kommunistischen Partei.

Was haben die deutsch-österreichischen Kommunisten zu tun? Sie können die proletarische Revolution nicht machen, die Räte-Republik nicht durch "Ausrufung" aufrichten. Die Revolution kann nur die Arbeiterklasse selbst machen, und durch Kufen brechen die Mauern des Kapitalismus nicht zusammen. Deshalb war die Kommunistische Partei Deutsch-Oesterreichs im Recht, als sie trotz ihrer Solidarität mit der ungarischen Räte-Republik, trotz des heißen Wunsches, ihr zu helfen, sich auf das Abenteuer nicht einließ, an der Spitze eines geringen Bruchteils des Proletariats die Ueberrahme der Macht zu versuchen. Aber wie sie die Revolution nicht machen konnte, so wird sie sich vor ihr nicht drücken, wenn die ungeheure Not, die dieser Winter in Ost- und Mitteleuropa bringen wird, die Massen zur Revolution treibt. Erheben sie die Fahne des proletarischen Kampfes, so werden wir der Revolution nicht befehlen können, daß ihre Kämpfer noch nicht alle Kurse des Sozialismus absolviert haben, so werden wir sie nicht bitten können, in einem günstigen Moment wieder zu kommen, wenn schon die englischen und amerikanischen Arbeiter aufgestanden sein werden und der Sieg sicher sein wird. Denn wie unwahrscheinlich es ist, daß dieser Winter die Revolution in den anglo-sächsischen Ländern bringen wird, so birgt die katastrophale Lage in Mitteleuropa die ernstesten Möglichkeiten. Wir können uns in der Lage befinden, wie unsere ungarischen Genossen, daß es rein Ausweichen geben wird, wie kritisch wir auch die Situation ansehen werden. Betritt das Proletariat den schweren Weg des Befreiungskampfes, so wird es — ich bin dessen sicher — von der Kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs nicht im Stich gelassen werden. Wie kann sich die Kommunistische Partei Deutsch-Oesterreichs für diese Möglichkeiten vorbereiten? Sie ist Gegnerin des Puttschismus, des Versuchs, an der Spitze einer kleinen Minderheit die Revolution zu machen. Hat sie untätig zu warten, bis die Mehrheit der Arbeiter ihr den Marschallstab überreicht, und inzwischen die Lehren wiederzuerlernen, daß ein Kind kein Kind zeugen kann, daß diese Freude mit den daran anschließenden Vaterfreuden nur einem Erwachsenen geziemt? Nein, zwischen dem Puttschismus der Winderheit und der Revolution liegt der Kampf um die Gehirne und Herzen der Massen. Die Kommunistische Partei darf sich mit der Rolle des Lehrers nicht begnügen, geschweige denn des Zuschauers und Kommentators. Sie hat die Weckerin der Massen zum Sturm zu sein, die Stimme ihrer Not, ihres Grimmes. Sie hat ihnen zu helfen, ihre Bataillone aufzustellen. Sie hat sie ebenso vor der Aktion der wilden wie der Untätigkeit der stumpfen Verzweiflung zu warnen und ihr den Weg zu der entschlossenen Tat zu zeigen. Konkret gesagt, hat die Kommunistische Partei alle Arbeiterräte, alle Gewerkschaften zum Kampfe anzuregen, indem sie über die Spitze der sozialistischen Führer hinweg die Arbeitermassen auffordert, die Kontrolle der Lebensmittel- und Kohlenversorgung in die eigenen Hände zu nehmen, der Bräuferei in den Restaurants ein Ende zu bereiten, die gemeinsame Speisung aller durchzuführen. Sie hat die Initiative zu übernehmen zur Organisation der Betriebsräte, die die Kontrolle der Fabrikbestände an Waren durchzuführen, jede Verschwendung auszusparen zu verhindern. Sie hat die Initiative zu ergreifen zur Mütigung der Bourgeoisie, warme Kleider aus Proletariat abzuliefern. Sie hat in die Dörfer zu gehen, das Landproletariat zu organisieren, die hungerleidenden Kleinbauern zu überzeugen, daß sie ein

Interesse daran haben, dem Proletariat im Kampfe gegen die Drückberger der Großgrundbesitzer und der Dorfmuherer zu helfen. Sie hat zu bedenken, daß die deutsch-österreichischen Arbeiter von jeder Vorkämpfer der österreichisch-ungarischen Arbeiterinternationale waren, und sie hat die Pflicht, alles zu tun, um die geheimen Bande, die sie mit dem tschechischen, ungarischen, polnischen, südslawischen Proletariat verbinden, zu stärken, damit sie sich in den kommenden Kämpfen helfen können.

Kurz und gut: es gilt Tag und Nacht zu arbeiten, die kommunistische Agitation zu verzehnfachen, die kommunistische Organisation in die letzte Fabrik zu tragen. Geben sie, daß selbst wenn die spontane Bewegung der Massen die Sozialdemokratie Deutsch-Oesterreichs nötigen würde, mit der Bourgeoisie zu brechen, uns eine geschlossene proletarische Front anzubieten, wir es zwar nicht ausschlagen könnten, gegen die Bourgeoisie gemeinsam vorzurücken, daß wir aber die große Lehre der ungarischen Rätepublik nicht vergessen dürfen, deren Geschichte lehrt, daß sich Sünder auch in der Not nicht restlos bekehren, daß der Knüttel beim Hunde liegen muß, d. h. daß selbst, wenn die deutsch-österreichische Sozialdemokratie in die Kampflinie einrückt, eine selbständige kommunistische Partei existieren muß, die bereit ist, jeden Moment die Massen gegen jeden Versuch auf die Beine zu bringen. Geben sie, daß ihr allein und nur ihr die Macht der proletarischen Revolution liegt. Wenn ich all die Möglichkeiten erwäge, euch zur Kampfbereitschaft aufzureizen, überhäufte ich teinesfalls die Kampfimmung des österreichischen Proletariats, das von der Not gebeugt und von der sozialdemokratischen Wettelpopaganda verwirrt ist. Aber die Not, wenn gesteigert, kann jedes Proletariat zum Ausbäumen bringen, die intelligenten, lebendigen, kampflustigen deutsch-österreichischen Proletarier, die jeder lieben muß, der ihre alten Wahlrechtsdemonstrationen miterlebt hat, sie können eines Tages aufstehen, ohne um Erlaubnis die l. t. Polizei und Sozialdemokratie zu fragen. Jedenfalls ist es eure Pflicht, ihnen dazu zu helfen und bei ihnen zu sein, wenn die Stunde gelagert hat.

Dies alles schreibe ich euch, Genossen, nicht in Erfüllung irgendeines möglichen Mandats. Ich schreibe euch das, was mein Herz bewegt, meine Gedanken erfüllt, wie ich es euch sagen würde, wenn es mir vergönnt wäre, in euren Reihen als „Gemeiner des Kommunismus“ zu kämpfen. Was in meinen Ratsschlüssen euren allein maßgebenden Urteil über die konkrete Sachlage widerspricht, das laßt beiseite, was eure Gedanken anregen könnte, das nehmt auf als meinen Beitrag zu eurem Kriegezeit.

Zum Schluß eins: prüft in wahrhaftiger rücksichtsloser Auseinandersetzung die gemachten Fehler, den einschlagenden Weg. Habt ihr ihn aber gewählt, dann haltet eiserne Disziplin, seid einig, sammelt euch nicht um Fraktionshobbe, sondern um das heilige Banner des Kommunismus, für welches die russischen Proletarier zwei Jahre lang ihr Blut vergossen, unter welchem Rosa Luxemburg, Carl Liebknecht, Leo Jogisches, Eugen Bevilacqua gestorben sind, die ungarischen Kommunisten das Märtyrertum erleiden, um das Banner, auf dem geschrieben steht: Proletariat aller Länder vereinigt euch! Ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten.

30. November 1919.

Der Parteikongreß wendet sich an alle Parteien der Kommunistischen Internationale und an die Arbeiterklasse der ganzen Welt und verlangt, daß diese ihre Pflicht gegenüber den Genossen Ostlands, die einen heldenhaften revolutionären Kampf führen, erfüllen, und daß sie die räuberischen Ueberfälle der imperialistischen Welt gegen das kommunistische Sowjet-Rußland zurück zu schlagen.

Der Kongreß hat die feste Ueberzeugung, daß das revolutionäre Proletariat Finnlands die Pflichten der Internationalen Revolutionären Arbeiterpartei erfüllt, die im imperialistischen Weltkrieg teilgenommen, verhindert wird, sich selbst von der Herrschaft der Ausbeuter befreit, und Finnland als Rätepublik ausruft, die in enger Gemeinschaft mit Rußland und den übrigen neu entstehenden proletarischen Sowjetrepubliken für eine bessere Zukunft wirken wird.

Das neue Minion der Menschewitz.

Im Moskauer „Sowjet“ (Nr. 240) schreibt Masanits: Die Menschewitz regen sich wieder. In der letzten Zeit haben sie in den Versammlungen veranlaßt, in denen man neue „Stimmen“ vernahm. Die antichowewitschische Stimmung ist nicht mehr so laut, und ihre frühere Duldung gegen die Sowjetregierung hat einer „freundlichen“ und „wohlwollenden“ Kritik der Handlungen der Kommunistischen Partei Platz gemacht.

In einer der Versammlungen leistete sich Dan sogar den Ausruf: „Es lebe die Rote Armee! So sprichst du Menschewitz, der noch vor kurzem erklärte: „Ueber Kollschal als die bolschewistische Regierung!“

Was ist geschehen? Die vorübergehenden Erfolge Denikins haben nicht die Menschewitz zum Absinken über das Schicksal der Revolution gezwungen. Die Kraftanstrengung des Proletariats, dem Risse, dem Feind um jeden Preis überhand zu lassen, haben die Sozialdemokraten überzeugt, daß es außer der Revolution, außer der Arbeiterdiktatur, außer der Politik unserer Partei keinen Ausweg gibt. Der Umsturz in der Stimmung der Menschewitz darf nicht zu hoch bewertet werden. Der Mangel an Standhaftigkeit wird sie nie verlassen. Aber das neue Gewand, in das sie jetzt eintreten, ist ein Beweis dafür, daß die Ereignisse der letzten Tage auch den Menschewitz ausgereizt haben. Kollschal, mit dem die Sozialdemokraten so zarte Bande angeknüpft hatten, hat ihre unglückliche Konfession zum Leibel gesagt. Denikin dachte gar nicht daran, auf irgendwelche kleinbürgerliche Parteien in der Ukraine und am Don, deren Vertreter nicht erschienen wurden, Rücksicht zu nehmen. Es wurde allen klar, daß Denikin, Judenitsch und Kollschal dem Lande die Selbstherrlichkeit in ihrer schlimmsten Form bringen wollten.

Die menschewitschische Sozialdemokratie kann nur aufgeben aufgegeben werden. Das ihnen ostentativende Leben ist nicht die Augen im letzten Augenblick mit großer Verachtung, vielmehr zu einer Zeit, wo ihr Verstand schon gar keinen Augen mehr bringt. Wir sind absolut nicht geneigt, zu denken, daß die Menschewitz heilighend ge-

worden sind. Das werden sie nie werden. Solange es eine solche Beschränkung geben wird, kann keine Rede sein von einem Verzicht der Sozialdemokraten auf ihre frumme Linie, auf ihre veraltete Bahn. Aber es gibt Elemente des Heilichens. Alle leben wohl ein, daß nicht die Partei Demas die Arbeiterklasse retten wird; auch wir im geschlosten auf Dem und seine Anhänger zu vertrauen, wäre dumm und leichtfertig; aber es ist doch bemerkenswert, daß selbst Dan, wenn auch nur für einen Augenblick, wenn auch mit verschiedenen Einschränkungen, doch verstanden hat, auf welcher Linie die arbeitende Klasse sich zu bewegen hat.

Die Menschewitz verurteilen der Sowjetregierung ihre Missetaten die Arbeiter auf zum Kampf gegen die Konterrevolution. Es ist nicht nötig, sie an ihre Verantwortung zu erinnern.

Die Moskauer und Petersburger Organisationen stellen eine Reihe ihrer Arbeiter der Rote Armee zur Verfügung. Sie ziehen also von Worten zu Taten über. Die Sowjetregierung wird es verstehen leben auszunutzen, für die Befreiung der Menschewitz arbeiten will.

Vielleicht werden die besten und ehestlichen Elemente des Internationalismus wirklich ihr Teil zum Kampf des westlichen Rußlands gegen das Denikintum beitragen, und dieses neue Auftreten der Menschewitz beweist, daß die Politik des Lebens nicht die der Subjektivismus einzelner Personen oder Gruppen.

Aus der Partei.

Repräsentanten in Breslau.

Die letzte Bezirkskonferenz des Bezirks Breslau saßte ein in mit a folgenden Beschlüssen:

Die am 30. November 1919 tagende Bezirkskonferenz der K. P. D. Bezirk Schlesien, hielt sich nach Anhörung des Berichts von der letzten Reichskonferenz und nach ausführlicher Diskussion auf den Boden der Leitlinie über kommunistische Grundzüge und Taktik und der Leitlinie über Parlamentarismus und Gewerkschaftsbewegung und werden die Genossen in dem Sinne mit aller Kraft wirken. Sie bedauern die Spaltung und hoffen, daß die augenblicklich in Opposition stehenden Bezirke sich bald von der Richtigkeit dieser Leitlinie überzeugen und durch Wiederaufschluß die Schlagkraft der Partei erhöhen.

Wirtschaftliches.

Das Rätsel der Kohlennot.

In einer Sitzung des Zentralausschusses der Genaratsbewegung der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, die gestern stattgefunden hat, sprach Hans Krämer über die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften. Daran schloß er an, daß die Arbeitsgemeinschaften ihre wesentliche Aufgabe darin sehen, die Regierung die Einführung des Arbeitsgesetzes nahelegen und selbst die organisatorischen Grundlagen dafür zu eigen gemacht, wonach durch Ueberführung von 150 000 Arbeitern in die Kohlenbergwerke die Kohlenförderung im kommenden Jahr um etwa 30 Millionen Tonnen gesteigert werden soll. Mit anderen Worten: Anders als durch den Arbeitszwang, Einziehung der Arbeitslosenunterstützung im Weigerungsfalle usw. (siehe die Ueberführung in große Arbeitermassen) gewöhnlich durchzuführen, und die Arbeitsgemeinschaften betonen es also als ihre oberste Aufgabe, nicht nur der Regierung die Einführung des Arbeitsgesetzes nahelegen, sondern ihr auch die Durchführung abzunehmen. Die Arbeiter, die auf diese Weise der Ausbeutung durch die Grubenbarons ausgeliefert werden, müssen zum mindesten die Gewissheit haben, daß die von ihnen geleistete Kohle der Volkswirtschaft zugute kommt und nicht etwa unter Ausnutzung der gemeinsamen Bezahlung im Ausland veräußert oder an den maßgebenden Stellen für andere Zwecke verwendet wird.

Diese Gewissheit besteht aber keineswegs, sondern die gegenwärtige Gemüthsart, daß wie Krämer feststellt, „bei der Eisenbahn eine Kohlenverschwendung getrieben wird, wie sie (schlimmer) nicht denkbar ist.“ Die Eisenbahn werde jetzt bis zu 90 Prozent ihrer Anforderungen beliefert und biete nur 35 bis 40 Prozent ihrer früheren Leistungen. Fast 30 000 Tonnen Kohle erhalte die Eisenbahn jeden Tag und könne das keine Kohlen anhäufen. Krämer stellt deshalb den logischen Schluß, daß die zwar geleistete, aber nicht vorhandene Kohle auf dem Wege von der Zehne verloren gehe. Wir sind also der Lösung des Rätsels der Kohlennot bereits näher gerückt. Die Arbeitsunlust der Bergarbeiter war nicht mindere als Schwindel wie die Arbeitsunlust der Eisenbahnarbeiter. Die Kohle ist da, nur gelangt sie nicht dorthin, wo sie am dringendsten gebraucht wird, sondern zu dem, der am besten zahlt. Die von Krämer dringend geforderte Bekämpfung der Korruption wird wenig fruchten, denn sie ist nur Nebenfolge der Tatsache, daß die Unternehmer den Lauf nach der wohlvermerkten Plänen der Behörden (sogar, vielmehr ohne Bedenken die volkswirtschaftlichen Rücksichten dem Profit opfern. Nur die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion und die Verteilung der Produkte kann hier Wandel schaffen und dafür sorgen, daß an die Stelle der die Wirtschaft zerstörenden Verwundung von wertvoller Materials planmäßige Verwendung tritt. Erst wenn sich die Arbeiter die Kontrollmacht über die Produktion erobert haben, ist eine Gewähr dafür gegeben, daß die notwendige Verteilung der Arbeitskräfte zur wirtschaftlichen Geltung führt. Solange die Unternehmerhaft die ausschließliche Wertungsgewalt angehängen ist, wird unumkehrbar Kohle unproduktiv verschwendet werden, je mehr gefördert wird. Die Pläne der Arbeitsgemeinschaft und der von ihr propagierte Arbeitszwang würde also nur zu verhängnisvoller Zerschlagung der Produktion und der Verteilung führen.

Man sieht aus dieser Gegenüberstellung, daß die arbeitsfriedliche Politik der sozialistischen Gewerkschaftsbürokraten dem wirtschaftlichen Aufbau nicht dient, sondern, im Gegenteil, ihn verhin- dert. Nicht Gemeinschaft mit, sondern nur ein Kampf gegen die Unternehmerrhaft um die Macht über die Produktion ist Voraussetzung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus.

Aus der Jugendbewegung.

Die Spaltung in der Jugendbewegung.

Die Organisation der revolutionären Proletariatsjugend, die Freie sozialistische Jugend Deutschlands, hat sich gespalten. Die Spaltung erfolgte auf der Reichskonferenz im Oktober, nachdem ein Teil der Mitglieder die Grundzüge der revolutionären Jugendbewegung ablehnen hatte. Die Jugendbewegung hat die Aufgabe, die jungen Arbeiter zu Klassenkämpfen zu erziehen. Sie muß deshalb eine politische Bewegung sein. Ihre Erziehung kann nur eine Erziehung durch die Tat, durch die lebendige Erziehung der Jugend im Kampf selbst sein. Der jugendliche Arbeiter muß aufgeföhrt werden über die Bedingungen seiner Befreiung. Diese Aufklärung aber kann nicht gegeben werden durch noch so gute Vorträge, sondern sie muß die Lehre sein seiner täglichen Erfahrungen im häuslichen State, im Betrieb und in der Schule, in der Ausbeutung und im Kampf gegen diese Ausbeutung. Dieser Kampf selbst muß ihr Erzieher sein und bewußten proletarischen Klassenkampf. Zudem die Jugendbewegung Kampfgenossenschaft ist, wird sie zu der einzigen Erziehungsgemeinschaft, die fähig ist, dem Proletariat selbständige revolutionäre Strömungen heranzubilden. Kampf und Erziehung sind so für den jugendlichen Proletarier untrennbar miteinander verknüpft.

Dies ist der Grund, warum die revolutionäre Jugendbewegung seit ihrer Entstehung vertritt. Im Kriegsjahr, unter der Führung Carl Liebknechts, griff sie aktiv ein in die politischen Kämpfe der Zeit. Damals schon bekannte sie sich zur grundlegenden proletari-

Kleine politische Nachrichten.

Gegen Oberis Richter.

Die Arbeiterklasse in Halle protestierte durch einen 24 stündigen Streik gegen das Urteil in Sachen Richter. Richter ist bekanntlich zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er an den Aktionen der halleschen revolutionären Arbeiterklasse teilnahm. Gestern früh um 9 Uhr fand eine Kundendemonstration der Arbeiter gegen die würdigen Richter der Oberrepublik statt, die dieses Urteil geföhlt.

Es ist höchste Zeit, daß die revolutionären Arbeiter der Scheidemannpartei, die sie um Hilfe gegen die Subendorfs agiert, deutlich sagen: daß die altpreussische Politik der Oberrepublik und die stolle Republik der Subendorfs ist und daß die Subendorfszeit im Latz verschwinden muß, wie auch die im Uniformrad beschworenen muß.

Aus der dritten Internationale.

Wahlloß der Kommunistischen Partei Finnlands an die dritte Internationale.

Auf dem Kongreß der Kommunistischen Partei Finnlands, der sieben stattgefunden hat, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Der Kongreß der finnischen Kommunistischen Partei begrüßt die Gründung der Kommunistischen Internationale und erklärt seinen Anschluß an sie. Die finnische Kommunistische Partei fordert die finnischen Arbeiter, die der Revolution treu geblieben sind, auf, sofort mit der unter dem Schutz des weißgardistischen Terrors stehenden und diesen unterstützenden finnischen Sozialdemokratischen Partei und dadurch auch mit der zweiten Internationale zu brechen und sich der Internationale des revolutionären Kampfes und der revolutionären Aktion anzuschließen.

Das finnische Proletariat ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats bewußt, und es wird die Hilfe nie verweigern, die die russischen Genossen in ihrem Kampf gegen die weißgardistischen Banden und gegen die Truppen des deutschen Imperialismus erwiesen haben. Die Führer der zweiten Internationale, Scheidemann und Branting, die die Weiße Garde unterstützten, sind dadurch zu Henkern des revolutionären Proletariats Finnlands geworden.

Aus Groß-Berlin.

Die Schraube ohne Ende.

Der „Sozial-Anzeiger“ meldet:

Mit Rücksicht auf die bereits gestiegenen und noch stark im Steigen begriffenen Unkosten hat der Aufsichtsrat der Großen Berliner Straßenbahn einseitig beschlossen, der am 29. d. M. statt findenden Verbandssammlung vorzuschlagen, den Grundtarif für die Einzelsahrt ab 1. Januar 1920 auf 50 Pfennig zu erhöhen. Der Aufsichtsrat war sich von Anfang an der großen Tragweite seiner Entschlüsse im Hinblick auf die neue Belastung der Bevölkerung bewusst und hat deshalb ferner beschlossen, eine Erleichterung dadurch zu schaffen, daß eine Sammelkarte mit 7 Jahrscheinen zum Preise von insgesamt 2 Mark zur Ausgabe gelangen soll. Die Monatskarten werden um rund 50 Prozent erhöht.

Durch derartige sich periodisch wiederholende Preiserhöhungen wird die Maschine der Wirtschaften vergrößert. Helfen kann allein eine von den Räten des Proletariats ausgeübte scharfe Preiskontrolle, die wiederum nicht möglich ist ohne Kontrolle der Produktion. Der Rettungsweg ist die Sozialisierung der Wirtschaft, nicht die Kommunalisierung kapitalistisch bleibender Einzelbetriebe.

Rolleipräsident Eugen Craft handelt mit Spartakusplakaten.

Im Septemberheft „Das Plakat“ ist zu lesen:

Spartakusplakate.
Die aufreizenden Plakate der Kommunisten mit der Ueberschrift „Was wollt Ihr?“, die mit blutrünstigen Bildern ausgestattet waren, sind während des Eisenbahnstreiks in besonderen Augen politisch bejourniert worden, die beweisen, was sich die Kommunisten für einen Streik, wie den der Eisenbahner leisten lassen. Die Rechnungen der betreffenden Druckereien betragen etwa 150 000 Mark, für die Herstellung des einen Plakates, weitere 235 000 Mark für ein anderes Plakat „Was will Spartakus?“ Ferner wurde aus Briefschaften und Belegen festgestellt, daß ungefähr 600 000 Mark, um Stimmung für den Eisenbahnstreik zu machen, aus ungarischen Quellen hierfür ausgegeben worden sind. Durch freundliches Entgegenkommen des Berliner Polizeipräsidenten ist der Verein der Plakatreunde in der Lage, seinen Mitgliedern in der beiliegenden Plakattafel eine kleine Zahl dieser beschlagnahmten Plakate, die in kurzer Zeit großen Seltenheitswert haben werden, anzubieten.

Und in der beiliegenden Plakattafel ist unter Nr. 82 verzeichnet: „Was will Spartakus?“ (Sehr selten, von der Polizei beschlagnahmt). Preis 3 Mark.

Daß eben an jeder Summe ein paar Nullen angehängt wurden, daß aus einer Rechnung für das Plakat „Was will Spartakus?“

typen Punkt, partei schenkt Namen gegen alle revolutionären Bewegungen, auch wo sie unter der Flagge der Opposition gegen die offizielle Sozialdemokratie agieren. Diese Partei hat die „Freie sozialistische Jugend“ als heute nicht verstanden. Ihre notwendige Folge war die Waffenbrüderlichkeit der Jugend mit der kommunistischen Partei, die am klarsten und unbefristet die Ziele der proletarischen Revolution verfolgt.

Die Erringung dieser Waffenbrüderlichkeit durch die letzte Reichskonferenz der Jugend gab nunmehr der unabhängigen Partei den Anlaß, die revolutionäre Jugendbewegung zu bekämpfen. Eine neue Jugendorganisation der Unabhängigen wurde gegründet, die mit Erfolg sich als die einzig rechtmäßige „Freie sozialistische Jugend“ bezeichnet und die „kommunistische Jugend“ als Abtrünnige von dem Prinzip der jugendlichen Selbständigkeit verachtet. Ihr Leitfaden ist nicht: Erziehung durch den Kampf und Bildung für den Kampf, sondern: Erziehung zum Sozialismus, „parteilospolitische Neutralität“. Diese Jugend hat aufgehört, eine Jugendbewegung zu sein, denn sie hat aufgehört zu kämpfen. Praktisch bedeutet dies, daß die jugendlichen Proletarier dem Kampf entfremdet, keine eigenen Lehren sammeln können. Sie sind angezogen auf die Belehrungen und auf die Worte der Erwachsenen. Durch die parteipolitische Neutralität, die den Kampf der Jugend aufhebt, wird nicht die Selbständigkeit, sondern die tiefste Abhängigkeit der Jugendlichen von den Erwachsenen, die vollkommenste Unselbständigkeit, erzogen.

Es ist kein Zufall, daß die Bestrebungen gerade der unabhängigen Partei nach einer Jugendbewegung, unter dieser Fassade auftreten. Eine Partei, die eine Verbindung der verschiedensten politischen Gegenstände darstellt, die keine einheitlich revolutionäre Politik besitzt, kann nicht auf die Hilfe einer politisch-aktiven revolutionären Jugendbewegung rechnen. Braucht sie eine Rekrutenschule, so muß sie zur Gründung einer innerlich selbstständigen Jugendorganisation streben. Sie will nicht Kämpfer erziehen, sondern Parteimitglieder, nicht Führer des Proletariats sondern geführte Proletarier. Die Abtrünnigen der neuen Jugendbewegung von Selbständigkeit und Neutralität entspringen sich der näherem Auteben als ihr genaues Gegenteil: Unselbständigkeit und Abhängigkeit von der unabhängigen Partei.

Mögen sie auch noch so sehr pochen auf ihre Selbständigkeit, mögen sie auch noch so sehr behaupten, die „kommunistische Partei“ ist die „Freie sozialistische Jugend“ ist treu geblieben ihren Grundgedanken der Kampferziehung und der Selbständigkeit. Ihre selbständige Entscheidung, zu der sie ihre Erfahrungen im politischen Kampfe bezieht, hat sie zum Kampfgesossen der kommunistischen Partei gemacht. Nach wie vor steht sie in der ersten Reihe des Klassenkampfes, lebt sie im Geiste Karl Liebknechts.

Die nun abgeplatteten aber sind es, welche den Boden des proletarischen Klassenkampfes verlassen haben. In diesen Tagen tritt eine Reichskonferenz der unabhängigen Jugend in Halle zusammen. Mögen dort Sippenkennnisse abgelegt werden zum Klassenkampf und zur Selbständigkeit, mögen sie dort fortfahren, um ihren Verrat zu verdecken, den Namen der „Freien sozialistischen Jugend“ für sich zu mißbrauchen, wie sie es bisher getan! Die arbeitende Jugend wird erkennen, wo sie erzogen wird zum selbständigen Klassenkampf und wo zum urteillosen Parteimitglied.

aus 600 Mark gleich 600 000 Mark geworden sind, ist nicht weiter verwunderlich. Daß aber das Polizeipräsidium mit Plakaten, die Eigentümern der kommunistischen Partei Deutschlands sind heute einen schmerzhaften Handel treiben, ist ein glänzender Beweis für die Geschäftlichkeit des ehemaligen Genossen Eugen Craft, der in diesem Falle ein gelehriger Schüler „größerer“ Genossen ist.

E. P. D.-Arbeitsrat e.

Am Dienstag, den 16. Dezember, nachm. 4 Uhr abendlich findet eine Fraktionsführung für Arbeiterräte, Arbeitslosenräte und kommunale Arbeiterräte in Neukölln, Nagerstr. 3. statt.

Die nachstehend aufgeführten Schriften sind im Verlag der Kommunistischen Partei erschienen und können bestens empfohlen werden:

F. Brandt, Kommunismus und Sozialismus	0,50 M.
Von der Revolte zur Revolution	0,50
Diktatur des Proletariats und der Menge	1,50
Kantak	1,50
Sozialreform und Revolution	1,50
Staat und Revolution	2,-
Zetkin, Abschiedsrede auf dem II. S. P. Parteitag	0,40
Bucharin, Programm der Kommunisten	2,-
Richtlinienartikel Karl Liebknecht	2,-
Amintoreo, Die Arbeiter	1,50
Luxemburg, Rede zum Programm	0,50
Vom Sturz des Kaiserthums	1,50
Verfassung der Russischen Sowjetrepublik	0,50
Roßes Blutbad	0,80
Lange, Gegen die Gewerkschaften	0,40
Radek, Von der Diktatur zum Sozialismus	0,40
Radek, Internationale Lage	0,40
Von der Oktoberrevolution zum Dreißten Frieden	1,50
Kommunistische Internationale Nr. 1	1,50
Stücker, Erfahrungen	1,-
Die Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution	0,40
Radek, Bekehrungsrede	0,60
Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg	0,0
Zetkin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht	0,10
Agitationsprogramm	0,15
Frölich, Die sozialistische Revolution	0,20
Massenstreik, Paris und Gewerkschaften	1,50
Das freie Land (November 1920)	1,25
Rede Zetkin's auf dem Parteitag 1919 mit den angenommenen Zeitungen	0,25

Im Druck:
Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich.
Rosa Luxemburg, Antimilitarismus.
Organisationen erhalten Preisermäßigung.

Bestellungen nimmt entgegen
Die Expedition der „Roten Fahne“.

Oeffentliche Versammlungen

am Freitag, den 19. Dezember 1919

in Steglitz: Aula des Gymnasiums an der Heesestraße, Anfang 7 Uhr abends.

in Schöneberg: Aula der Oberrealabthg. der Hohenzollernschule, Belzigerstr. 48-53

Anfang 7 Uhr abends.

Jugend-Bücher-Ausstellung
der Freien sozialistischen Jugend
bis Weihnachten täglich v. 10-7 Uhr geöffnet.
Neukölln, Emser Straße 138.

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Oeffentl. Versammlungen

Sonntag, den 14. Dezember 1919, vormittags 10 Uhr,

Pharussäle, Müllerstrasse 142,

Concordiasäle (Schauburg=Lichtspiele), Andreasstr. 64.

TAGESORDNUNG:

Die politische Lage u. die K. P. D.

Referenten: Klara Zetkin und Paul Levi.